

Inhalt:

Amtlicher Teil:

Ordnung zur Änderung der Fachbereichsordnung für den Fachbereich Kunst- und Sportwissenschaften	Seite 1 - 2
Verwaltungs- und Benutzungsordnung für das Zentrum für Beratung und Therapie (ZBT) der Fakultät Rehabilitationswissenschaften der Technischen Universität Dortmund vom 31. Mai 2012	Seite 3 - 7
Promotionsordnung der Fakultät Maschinenbau der Technischen Universität Dortmund vom 5. Juni 2012	Seite 8 - 21

Ordnung zur Änderung der Fachbereichsordnung für den Fachbereich Kunst- und Sportwissenschaften

Aufgrund des § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 26 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2012 (GV. NRW. S. 90), hat die Technische Universität Dortmund die folgende Ordnung erlassen:

Artikel 1

Die Fachbereichsordnung für den Fachbereich Kunst- und Sportwissenschaften in der Fassung der Neubekanntmachung vom 17.03.2006 (AM 3/2006) wird wie folgt geändert:

1. Der Titel wird wie folgt geändert:

Das Wort „Fachbereichsordnung“ wird durch das Wort „Fakultätsordnung“ und die Worte „den Fachbereich“ durch die Worte „die Fakultät“ ersetzt. Vor dem Wort „Universität“ wird das Wort „Technischen“ eingefügt.

2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 2 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 2 Der Fakultätsrat“

b) Die Angabe zu § 4 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 4 Änderung der Fakultätsordnung“

3. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „der Fachbereich“ und „den Fachbereich“ jeweils durch die Worte „die Fakultät“ und das hinter den Worten „im Weiteren:“ stehende Wort „Fachbereich“ durch das Wort „Fakultät“ ersetzt. Vor dem Wort „Universität“ wird das Wort „Technischen“ eingefügt.

b) In Absatz 2 werden die Worte „Fachbereichsrats“ jeweils durch die Worte „Fakultätsrats“ und das Wort „Fachbereichsrat“ durch das Wort „Fakultätsrat“ ersetzt.

c) In Absatz 3 wird das Wort „Fachbereichsrat“ durch das Wort „Fakultätsrat“ ersetzt.

4. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt neu gefasst:

„Der Fakultätsrat“

b) In Absatz 1 werden die Worte „Fachbereichsrats“ und „Fachbereichsrates“ jeweils durch das Wort „Fakultätsrats“, die Worte „dem Fachbereich“ durch die Worte „der Fakultät“ und das Wort „Fachbereichsrat“ durch das Wort „Fakultätsrat“ ersetzt.

c) In Absatz 2 werden die Worte „Fachbereichsrates“ jeweils durch die Worte „Fakultätsrats“ ersetzt.

d) In Absatz 3 werden die Worte „Fachbereichsrats“ jeweils durch die Worte „Fakultätsrats“ und die Worte „des Fachbereichs“ durch die Worte „der Fakultät“ ersetzt.

e) Es wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Abweichend von der Grundordnung gehören der Fakultätskommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium vier Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer, zwei Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und sieben Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Studierenden an.“

5. § 3 wird wie folgt geändert:

Die Worte „den Fachbereich“ werden durch die Worte „die Fakultät“ ersetzt und die Worte „Fachbereiche und“ gestrichen. Vor den Worten „Universität“ wird jeweils das Wort „Technischen“ eingefügt.

6. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird folgt neu gefasst:

„Änderung der Fakultätsordnung“

b) Das Wort „Fachbereichsordnung“ wird durch das Wort „Fakultätsordnung“ und das Wort „Fachbereichsrat“ durch das Wort „Fakultätsrat“ ersetzt.

7. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Worte „Fachbereichsordnung“ werden jeweils durch die Worte „Fakultätsordnung“ ersetzt. Hinter dem Wort „die“ wird das Wort „Fachbereichsordnung“ eingefügt.

Artikel 2

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Universität Dortmund in Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät Kunst- und Sportwissenschaften der Technischen Universität Dortmund vom 30.11.2011.

Dortmund, den 10. Mai 2012

Die Rektorin
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessorin
Dr. Ursula Gather

**Verwaltungs- und Benutzungsordnung
für das Zentrum für Beratung und Therapie (ZBT)
der Fakultät Rehabilitationswissenschaften
der Technischen Universität Dortmund vom 31. Mai 2012**

Auf Grund des § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2009 (GV. NRW. S. 516), hat die Technische Universität Dortmund (TU Dortmund) die folgende Ordnung erlassen:

I. Teil: Verwaltungsordnung

§ 1 Rechtsstellung und Gliederung

- (1) Das ZBT ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Fakultät Rehabilitationswissenschaften der TU Dortmund im Sinne des § 29 Abs. 1 HG.
- (2) Das ZBT gliedert sich in vier Teileinrichtungen:
 1. das Sprachtherapeutische Ambulatorium (SPA),
 2. das Bewegungsambulatorium (BWA),
 3. die Psychologisch-Pädagogische Ambulanz (PPA) und
 4. das UK-Netzwerk (Beratungsstelle für unterstützte Kommunikation).Der Fakultätsrat kann unter Beachtung von § 2 die Bildung weiterer Teileinrichtungen beschließen.

§ 2 Zweck und Aufgaben

- (1) Das ZBT forscht und lehrt in den Bereichen Sprache und Kommunikation, motorische und psychosoziale Entwicklung sowie in weiteren rehabilitativen Forschungsfeldern. In diesen Bereichen kann das ZBT zudem wissenschaftliche Weiterbildung anbieten.
- (2) Das ZBT betreibt eine, der Verzahnung von Theorie und Praxis dienende Forschungs- und Lehrambulanz. Es kann Diagnostik-, Beratungs- und Therapieleistungen an Personen mit entsprechendem Bedarf erbringen, soweit dies seinen Aufgaben in Forschung (z.B. der Erprobung und Evaluation neuer Versorgungskonzepte) und Lehre (z.B. der Demonstration von Diagnostik- und Therapieverfahren oder der praktischen Umsetzung erworbener Kenntnisse durch Studierende unter Anleitung und Supervision) dient. Dabei sind die den in heilkundlichen Berufen üblichen ethischen Standards einzuhalten.

§ 3 Mitglieder

Mitglieder des ZBT sind

1. die am ZBT tätigen Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer,
2. die akademischen und weiteren Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Fakultät, deren Stelle dem ZBT von der Dekanin/dem Dekan zugeordnet worden ist und

3. Studierende, wenn sie am ZBT beschäftigt sind oder wenn sie von einer/einem am ZBT tätigen Hochschullehrerin/Hochschullehrer eine Examensarbeit oder ein Dissertationsthema im Aufgabenbereich des ZBT erhalten haben.

Die Feststellung der Mitgliedschaft von Studierenden erfolgt durch die/den geschäftsführende/n Leiter/in.

§ 4 Organe

Organe des ZBT sind

1. der Vorstand,
2. die geschäftsführende Leiterin/der geschäftsführende Leiter und
3. die Mitgliederversammlung.

§ 5 Vorstand

- (1) Die Leitung des ZBT obliegt dem Vorstand. Grundsätzlich gehören dem Vorstand die am ZBT tätigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe der Studierenden, eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie so viele Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, dass die Anzahl der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Zahl der übrigen Vertreterinnen/Vertreter um die Zahl Eins übersteigt. Hat das ZBT weniger als drei Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, so gehören dem Vorstand neben den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern ein stimmberechtigtes Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie je eine Vertreterin/ein Vertreter der Gruppe der Studierenden und der Gruppe der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit beratender Stimme an. Hat das ZBT drei Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, so ist auch die Vertreterin/der Vertreter aus der Gruppe der Studierenden stimmberechtigt.
- (2) Die Mitglieder des ZBT aus den Gruppen der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Studierenden wählen aus ihrer jeweiligen Gruppe Vertreterinnen und Vertreter für den Vorstand. Die Amtszeit für die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt zwei Jahre, die Amtszeit für die Vertreterin/den Vertreter aus der Gruppe der Studierenden ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Der Vorstand berät und beschließt über Angelegenheiten des ZBT von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung. Dies sind insbesondere
 1. grundlegende Fragen der Struktur, Organisation und Entwicklung des ZBT,
 2. die Aufstellung des Haushaltplans,
 3. die Verwendung der dem ZBT zugewiesenen Haushalts- und Sachmittel und
 4. der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZBT, die keiner Hochschullehrerin und keinem Hochschullehrer zugeordnet sind.
- (4) Der Vorstand soll mindestens zweimal im Semester zusammentreten. Der Vorstand tagt grundsätzlich für die Mitglieder des ZBT öffentlich. Personalangelegenheiten

werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vorstandsmitglieder anwesend ist. Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der geschäftsführenden Leiterin/des geschäftsführenden Leiters.

§ 6 Geschäftsführende Leiterin/geschäftsführender Leiter

- (1) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte eine/einen Hochschullehrer/in als geschäftsführende/n Leiterin/Leiter sowie eine/einen weitere/n Hochschullehrer/in als Vertreterin/Vertreter. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Die/der geschäftsführende Leiterin/Leiter führt die Geschäfte des ZBT in eigener Zuständigkeit und vertritt es innerhalb der Fakultät. Die Geschäftsführung schließt insbesondere ein
 1. die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Vorstandes,
 2. die Überwachung des Haushaltsplans des ZBT und die Verwaltung der dem ZBT zugewiesenen Sach- und Haushaltsmittel und
 3. die Erstellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts zur Vorlage an den Fakultätsrat.Die/der geschäftsführende Leiter/in ist Vorgesetzte/r der am ZBT beschäftigten Mitarbeiter/innen, soweit diese nicht einer/einem Hochschullehrer/in zugeordnet sind.
- (3) Die/der geschäftsführende Leiterin/Leiter ist gegenüber den Mitgliedern des Vorstandes und dem Dekanat auskunfts- und rechenschaftspflichtig. Sie/Er lädt zu den Sitzungen des Vorstands ein und leitet sie.
- (4) Die/der geschäftsführende Leiterin/Leiter organisiert den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZBT, die keiner Hochschullehrerin und keinem Hochschullehrer zugeordnet sind.

§7 Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung wird mindestens einmal im Semester einberufen; die Einberufung hat schriftlich durch die/den geschäftsführende/n Leiter/in zwei Wochen vor der Versammlung zu erfolgen.
- (2) Die außerordentliche Mitgliederversammlung wird einberufen, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder des ZBT dies verlangt. Die Ladungsfrist beträgt eine Woche.
- (3) Die Mitgliederversammlung wählt die Vertreterinnen und Vertreter des Vorstandes gemäß § 5 Abs. 2 und berät den Vorstand in allen allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten. Die Entscheidungen der Mitgliederversammlung werden mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen.

II. Teil: Benutzungsordnung

§ 8 Nutzerinnen und Nutzer

- (1) Das ZBT kann von allen Mitgliedern und Angehörigen der Fakultät genutzt werden. Im Rahmen freier Kapazitäten und gegen Erstattung der hierdurch für das ZBT zusätzlich entstehenden Kosten kann die/der geschäftsführende Leiter/in auch andere Mitglieder und Angehörige der TU Dortmund zur Nutzung zulassen. Andere Personen können im Rahmen freier Kapazitäten von der/vom geschäftsführenden Leiter/in gegen marktübliches Entgelt oder eine entsprechende gleichwertige sonstige Gegenleistung zugelassen werden.
- (2) Personen und Sorgeberechtigte von Personen, denen Diagnostik-, Beratungs- und Therapieleistungen erbracht werden, sind zu diesem Zweck zur Nutzung des ZBT zugelassen.
- (3) Zum Zweck der wissenschaftlichen Weiterbildung darf das ZBT von zu Weiterbildungsmaßnahmen zugelassenen Personen genutzt werden.
- (4) Für die Erbringung von Leistungen nach Abs. 2 und die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen nach Abs. 3 wird ein Entgelt erhoben.

§ 9 Nutzung des ZBT

- (1) Diese Verwaltungs- und Benutzungsordnung ist gut sichtbar im Eingangsbereich des ZBT auszuhängen und auf der Homepage des ZBT im Internet zu veröffentlichen. Sie ist von den Nutzerinnen und Nutzern vor einer Nutzung des ZBT aufmerksam zu lesen und jederzeit zu beachten. Die geschäftsführende Leiterin/der geschäftsführende Leiter kann ergänzende Richtlinien zur Benutzung des ZBT erlassen, für die die Sätze 1 und 2 entsprechend gelten. Den Anweisungen des Personals des ZBT ist jederzeit Folge zu leisten.
- (2) Das ZBT darf nur zu Zwecken genutzt werden, die mit seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 in Zusammenhang stehen. Zu Zwecken von Forschung und Lehre stehen Mitschauräume zur Verfügung, aus denen unter Wahrung der therapeutischen Bedürfnisse und unter Beachtung der Vorgaben der geschäftsführenden Leiterin/des geschäftsführenden Leiters Diagnose-, Beratungs- und Therapiemaßnahmen beobachtet werden können. Eine Mitschau darf nur erfolgen, wenn die Behandelten bzw. die Sorgeberechtigten der Behandelten vorab einwilligen.
- (3) Das Essen und Trinken ist nur in den dafür vorgesehenen Räumen gestattet. Mobiltelefone dürfen lautlos geschaltet in die Räumlichkeiten des ZBT mitgenommen werden, Gespräche sind allerdings außerhalb zu führen.
- (4) Bei der Nutzung des ZBT sind die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu beachten. Die Räumlichkeiten, Geräte und sonstige Gegenstände des ZBT sind sorgfältig zu behandeln. Die Nutzerinnen und Nutzer haften für alle Schäden an Räumlichkeiten und Gegenständen, die von ihnen verursacht werden. Alle Schäden

sind unverzüglich der geschäftsführenden Leiterin / dem geschäftsführenden Leiter des ZBT zu melden. Eigene Maßnahmen zur Behebung der Schäden, insbesondere durch unbefugte Eingriffe in Geräte und sonstige Gegenstände, sind zu unterlassen. Gegenstände des ZBT dürfen nicht aus dem ZBT entfernt werden

§ 10 Ausschluss und Beschränkung der Benutzung

Bei einem Verstoß gegen diese Verwaltungs- und Benutzungsordnung kann die geschäftsführende Leiterin/der geschäftsführende Leiter einen befristeten Ausschluss von der Benutzung oder eine Benutzungsbeschränkung aussprechen. Ein besonders schwerwiegender Verstoß kann zum unbefristeten Ausschluss von der Benutzung führen. Hierüber entscheidet die Rektorin/der Rektor. Ein besonders schwerwiegender Verstoß ist insbesondere bei einer vorsätzlichen Beschädigung oder Entwendung von Gegenständen oder Teilen hiervon gegeben. Ein besonders schwerwiegender Verstoß liegt ferner dann vor, wenn wiederholt vorsätzlich die betrieblichen Abläufe des ZBT gestört oder das dort beschäftigte Personal belästigt werden. Vor einem Ausschluss oder einer Benutzungsbeschränkung ist die Nutzerin oder der Nutzer anzuhören.

§ 11 In-Kraft-Treten

Diese Verwaltungs- und Benutzungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der TU Dortmund in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät Rehabilitationswissenschaften vom 14.12.2011.

Dortmund, den 31. Mai 2012

Die Rektorin
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessorin
Dr. Ursula Gather

**Promotionsordnung der Fakultät Maschinenbau
der Technischen Universität Dortmund
vom 5. Juni 2012**

Auf Grund des § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 67 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2012 (GV. NRW. S. 90), hat die Technische Universität Dortmund die folgende Ordnung erlassen:

Gliederung

- § 1 Promotionsrecht
- § 2 Zweck der Promotion
- § 3 Promotionsausschuss
- § 4 Voraussetzung zur Zulassung zur Promotion
- § 5 Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren
- § 6 Zulassung zum Promotionsverfahren
- § 7 Betreuung
- § 8 Widerruf der Zulassung zum Promotionsverfahren
- § 9 Strukturiertes Promotionsprogramm
- § 10 Dissertation
- § 11 Antrag auf Annahme der Dissertation und Einreichung der Dissertation
- § 12 Eröffnung des Promotionsprüfungsverfahrens und Bestellung der Referentinnen und Referenten
- § 13 Prüfungskommission
- § 14 Begutachtung der Dissertation
- § 15 Mündliche Prüfungen
- § 16 Ergebnis der Prüfungen
- § 17 Wiederholung der mündlichen Prüfung
- § 18 Veröffentlichung der Dissertation
- § 19 Abschluss des Promotionsverfahrens
- § 20 Promotion in gemeinsamer Betreuung mit einer anderen Hochschule
- § 21 Ungültigkeitserklärung der Promotionsleistungen
- § 22 Aberkennung des Doktorgrades
- § 23 Rechtsbehelf
- § 24 Ehrenpromotion
- § 25 Inkrafttreten

§ 1 Promotionsrecht

- (1) Die Technische Universität Dortmund hat das Recht zur Promotion.
- (2) Sie verleiht aufgrund einer Promotion im Fach Maschinenbau den Grad einer Doktorin/ eines Doktors der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.) nach Maßgabe dieser Promotionsordnung. Für Promotionen auf dem Gebiet der Didaktik des Faches Technik wird der Grad eines Doktors der Erziehungswissenschaften (Dr. paed.) verliehen. Für die Durchführung des Verfahrens ist die Fakultät Maschinenbau zuständig.
- (3) Die Technische Universität Dortmund kann auf Antrag der Fakultät Maschinenbau den Doktorgrad ehrenhalber (Dr.-Ing. h. c.) vergeben (§ 24).

§ 2 Zweck der Promotion

Durch die Promotion wird eine über das allgemeine Studienziel hinausgehende, besondere Befähigung zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen. Die Befähigung wird aufgrund einer schriftlichen Arbeit (Dissertation), die den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis weiterführt, einer mündlichen Prüfung (bestehend aus einem öffentlichen Vortrag und einem Rigorosum) sowie des erfolgreichen Absolvierens eines strukturierten Promotionsprogramms nach Vorgabe der Fakultät festgestellt.

§ 3 Promotionsausschuss

- (1) Für die Durchführung der Promotion und die Erledigung der weiteren, ihm durch diese Promotionsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Promotionsausschuss eingerichtet.
- (2) Der Promotionsausschuss besteht aus 5 Mitgliedern, davon 3 Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gem. § 11 Abs. 1 Nr. 1 HG, 1 Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gem. § 11 Abs. 1 Nr. 2 HG und 1 Doktorandin/einem Doktoranden aus der Gruppe der Studierenden gem. § 11 Abs. 1 Nr. 4 HG. Die/ der Vorsitzende muss der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. Die Mitglieder des Promotionsausschusses werden auf Vorschlag der jeweiligen Gruppen vom Fakultätsrat nach Gruppen getrennt gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtszeit der Ausschussmitglieder beträgt 2 Jahre, für das studentische Mitglied ein Jahr. Für jede Gruppe wird eine Vertreterin/ein Vertreter gewählt. Die Zusammensetzung des Promotionsausschusses ist bekanntzugeben.
- (3) Der Promotionsausschuss hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Feststellung der Voraussetzungen zur Promotion gem. § 4 und Entscheidung über die Zulassung zur Promotion gem. § 6,
 - Eröffnung des Promotionsverfahrens und Bestimmung der Referentinnen und Referenten gem. § 12,
 - Bestimmung der Prüfungskommission gem. § 13,
 - Festlegung von Fristen und Terminen,

- Entscheidung über Sonderfälle in Promotionsverfahren,
 - Entscheidung über Widersprüche,
 - Entscheidung über den zu verleihenden Doktorgrad.
- (4) Der Promotionsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Promotionsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Promotionsverfahren und gibt ggf. Anregungen zur Änderung der Promotionsordnung und Verbesserung der Promotionsverfahren.
- (5) Der Promotionsausschuss kann die Erledigung der laufenden Geschäfte an die Vorsitzende/den Vorsitzenden übertragen. Entscheidungen über ablehnende Bescheide und Widersprüche trifft der Promotionsausschuss als Gremium.
- (6) Die Mitglieder des Promotionsausschusses sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden hierzu zu verpflichten.
- (7) Die Sitzungen des Promotionsausschusses sind nicht öffentlich. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Der Promotionsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden. Bei Entscheidungen, die Prüfungsleistungen betreffen, haben nur die Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter/innen Stimmrecht.

§ 4 Voraussetzungen zur Zulassung zur Promotion (§ 67 Abs. 4 HG)

- (1) Zur Promotion wird zugelassen, wer
- a) einen einschlägigen Masterabschluss mit insgesamt 300 Credits (Bachelor und Master) und einer Note von mindestens „gut“ oder
 - b) einen Abschluss nach einem einschlägigen Universitätsstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens acht Semestern, für das ein anderer Grad als Bachelor vergeben wird und einer Note von mindestens „gut“, oder
 - c) einen Abschluss nach einem einschlägigen Master mit weniger als insgesamt 300 Credits (Bachelor und Master) und einer Note besser oder gleich 2,0 und daran anschließende promotionsvorbereitende Studien, oder
 - d) ein einschlägiges Hochschulstudium von mindestens 6 Semestern mit der Note 1,5 oder besser und daran anschließende promotionsvorbereitende Studien nachweist.
- Der Promotionsausschuss kann in begründeten Ausnahmefällen auch Bewerberinnen/Bewerber zulassen, die nicht die in Satz 1 lit. a) bis d) geforderte Mindestnote erreicht haben.
- (2) Einschlägig im Sinne des Absatzes 1 ist ein Studium des Maschinenbaus, der Logistik, des Wirtschaftsingenieurwesens oder des Faches Technik in einem Lehramtsstudiengang. Als einschlägig angesehen wird auch ein Studium, das einen hinreichend hohen Anteil an Inhalten der Ingenieurwissenschaften aufweist (dies kann z.B. ein Studium der Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrttechnik, Informatik, des Bauingenieurwesens, der Mathematik oder Wirtschaftswissenschaften sein). Über

das Vorliegen eines hinreichend hohen Anteils im Einzelfall entscheidet der Promotionsausschuss. Der Promotionsausschuss kann in begründeten Ausnahmefällen andere Bewerberinnen/Bewerber ggf. unter Auflage der Erbringung promotionsvorbereitender Studien zulassen.

- (3) Bewerberinnen/Bewerber, die einen Abschluss gem. Abs. 1 lit. c) und lit. d) (und ggf. Abs. 2) nachweisen, müssen vor der endgültigen Zulassung zur Promotion promotionsvorbereitende Studien von mindestens 2 Semestern bzw. von mindestens 60 Credits absolvieren. Der genaue Inhalt und Umfang der promotionsvorbereitenden Studien wird vom Promotionsausschuss in Absprache mit der Betreuerin/dem Betreuer festgelegt. Kandidatinnen/Kandidaten mit einem Bachelor-Abschluss gem. Abs. 1 lit. d) müssen zusätzlich ihre Eignung zur Promotion nachweisen.
- (4) Wer seinen Studienabschluss nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes erworben hat, kann zugelassen werden, wenn die Gleichwertigkeit des Abschlusses festgestellt wird. Die Feststellung erfolgt durch den Promotionsausschuss auf Antrag der Kandidatin/des Kandidaten. In Zweifelsfällen ist die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zu kontaktieren.

§ 5 Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren

- (1) Die Bewerberin/der Bewerber soll ihren/seinen Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren innerhalb von vier Wochen nach Erhalt einer Betreuungszusage (Abs. 2 lit. b)) stellen.
- (2) Die Bewerberin/der Bewerber richtet ihren/seinen Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren schriftlich an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Promotionsausschusses der Fakultät Maschinenbau. Mit dem Antrag sind einzureichen:
 - a) Angabe des Promotionsfaches und des angestrebten Doktorgrades,
 - b) das in Aussicht genommene Thema der Dissertation,
 - c) eine schriftliche Bestätigung über die Bereitschaft zur Betreuung der Dissertation einer Hochschullehrerin/eines Hochschullehrers oder eines habilitierten Mitglieds der Fakultät,
 - d) der Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen gem. § 4, insbesondere durch Vorlage von Abschlusszeugnissen für die Hochschulausbildung und Vorlage der Hochschulzugangsberechtigung,
 - e) ein tabellarischer Lebenslauf, aus dem der wissenschaftliche und berufliche Werdegang der Bewerberin/des Bewerbers hervorgeht,
- (3) Dem Antrag sind folgende Erklärungen beizufügen:
 - a) ob die Bewerberin/der Bewerber bereits ein Promotionsverfahren an der Technischen Universität Dortmund beantragt hatte, oder
 - b) ob sie/er sich in einem solchen Verfahren befand und dieses entweder abgeschlossen oder abgebrochen hat, oder
 - c) ob die Bewerberin/der Bewerber schon an anderer Stelle eine Promotionszulassung erhalten hat und sich in einem Promotionsverfahren befindet, oder
 - d) ob sie/er ein solches Verfahren abgebrochen oder abgeschlossen hat. Im letzteren Fall ist anzugeben, welcher Promotionserfolg erzielt wurde.

- (4) Nach der Zulassung durch den Promotionsausschuss hat sich die Doktorandin/der Doktorand entsprechend der Einschreibeordnung der Technischen Universität Dortmund einzuschreiben. Der Immatrikulationsnachweis ist spätestens 3 Wochen nach Zulassung dem Promotionsausschuss vorzulegen.

§ 6 Zulassung zum Promotionsverfahren

- (1) Der Promotionsausschuss prüft die Bewerbungsunterlagen gem. § 5 auf Vollständigkeit und auf Erfüllung der Voraussetzung zur Promotion gem. § 4. Bei Unvollständigkeit der Bewerbungsunterlagen kann der Promotionsausschuss der Bewerberin/dem Bewerber Auflagen zur Beibringung fehlender Unterlagen erteilen. Der Promotionsausschuss teilt der Bewerberin/dem Bewerber die Zulassung oder Nichtzulassung als Doktorandin/Doktorand schriftlich mit.
- (2) Der Zulassungsantrag ist abzulehnen,
- a) wenn die Bewerberin/der Bewerber die Voraussetzungen gem. § 4 nicht erfüllt oder innerhalb der vom Promotionsausschuss festgesetzten Frist nicht die fehlenden Unterlagen beigebracht hat,
 - b) wenn das Fachgebiet der Dissertation in der Fakultät nicht vertreten ist, oder
 - c) wenn eine fachlich kompetente Betreuung der Dissertation nicht gesichert ist.

Der Zulassungsantrag kann abgelehnt werden, wenn bereits ein früheres Promotionsverfahren abgebrochen oder endgültig erfolglos beendet wurde. Ein Ablehnungsbescheid ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

- (3) Ist eine Zulassung unter Auflagen gemäß Abs. 1 erfolgt, kann diese widerrufen werden, wenn die Auflagen nicht fristgemäß erfüllt wurden.

§ 7 Betreuung

- (1) Nach der Zulassung zur Promotion bestellt der Promotionsausschuss auf Vorschlag der Doktorandin/des Doktoranden eine Hochschullehrerin/einen Hochschullehrer oder ein habilitiertes Mitglied der Fakultät zur Betreuerin/zum Betreuer der Dissertation. Im Einvernehmen mit der Doktorandin/dem Doktoranden kann die Zahl der Betreuerinnen und Betreuer auf zwei erhöht werden. Die/der weitere Betreuerin/Betreuer kann einer anderen Fakultät der Technischen Universität Dortmund oder einer anderen inländischen oder ausländischen Hochschule angehören. Die weitere Betreuerin/der weitere Betreuer muss Hochschullehrerin/Hochschullehrer einer Hochschule mit Promotionsrecht oder habilitiertes Mitglied einer Hochschule sein. Ausnahmsweise genügt eine Promotion, wenn der Promotionsausschuss zuvor eine besondere wissenschaftliche Qualifikation zur Betreuung der Promotion durch Beschluss festgestellt hat, die über eine bloße Promotion hinausgeht (besondere wissenschaftliche Befähigung).
- (2) Aufgabe der Betreuerin/des Betreuers ist es,
- a) gemeinsam mit der Doktorandin/dem Doktoranden einen Zeitplan für die Anfer-

- tigung der Dissertation zu besprechen und das strukturierte Promotionsprogramm abzustimmen,
- b) sich während der Anfertigung der Dissertation regelmäßig von der Doktorandin/dem Doktoranden über den Fortschritt ihres/seines Vorhabens unterrichten zu lassen,
 - c) die Doktorandin/den Doktoranden bei auftretenden Schwierigkeiten fachkundig zu beraten,
 - d) von der Doktorandin/dem Doktoranden gelieferte Beiträge umfassend in mündlicher oder schriftlicher Form zu kommentieren.
- (3) Die Doktorandin/der Doktorand ist verpflichtet, ihrer/seiner Betreuerin oder ihren/seinen Betreuer einmal jährlich über die bisherigen und geplanten Aktivitäten zu berichten.

§ 8 Widerruf der Zulassung zum Promotionsverfahren

Der Promotionsausschuss kann die Zulassung zum Promotionsverfahren frühestens ein Jahr nach der Zulassung zur Promotion im Einvernehmen mit der Betreuerin/dem Betreuer widerrufen, wenn sich die Doktorandin/der Doktorand nicht im erforderlichen und zumutbaren Maße um die Fertigstellung der Dissertation sowie die Absolvierung des strukturierten Promotionsprogramms erfolgreich bemüht. Vor einer Entscheidung ist die Doktorandin/der Doktorand zu hören. Der Promotionsausschuss kann darüber hinaus nach Ablauf von drei Jahren die Doktorandin/den Doktoranden auffordern, einen Zwischenbericht über den Stand ihrer/seiner Dissertation vorzulegen, oder der Doktorandin/dem Doktoranden im Einvernehmen mit der Betreuerin/dem Betreuer eine Frist setzen, innerhalb derer die Dissertation einzureichen ist.

§ 9 Strukturiertes Promotionsprogramm

- (1) Während des Promotionsverfahrens nimmt die Doktorandin/der Doktorand an einem strukturierten Promotionsprogramm teil.
- (2) Das strukturierte Promotionsprogramm der Fakultät Maschinenbau besteht aus einer angemessenen Auswahl von Leistungen aus den folgenden Bereichen, die individuell durch den Betreuer/ die Betreuerin mit dem Doktoranden/der Doktorandin abzustimmen und festzulegen ist:
 - a) regelmäßige Teilnahme als Vortragende/Vortragender und Zuhörer/Zuhörer an Kolloquien der Fakultät,
 - b) Teilnahme an Doktorandinnen/Doktoranden-Workshops der Fakultät,
 - c) Teilnahme an Veranstaltungen von Graduiertenschulen / Forscherinnen- und Forschergruppen / Sonderforschungsbereichen / Schwerpunktprogrammen oder ähnlichen gemeinsamen Forschungsprojekten bzw. Forschungskooperationen, soweit das Dissertationsthema hierin eingebunden ist,
 - d) Teilnahme an nationalen und internationalen wissenschaftlichen Konferenzen einschließlich der Einreichung wissenschaftlicher Veröffentlichungen und der persönlichen Präsentation der eingereichten Veröffentlichung,

- e) Erarbeitung und Einreichung wissenschaftlicher Veröffentlichungen in Fachzeitschriften,
- f) Durchführung von Lehrveranstaltungen für Studierende wie z. B. Übungen, Seminare, Projektgruppen, Praktika zur Erhöhung der Lehrkompetenz der Doktorandin/ des Doktoranden,
- g) Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen zur Persönlichkeitsbildung zu Themen wie z. B. Didaktik, Rhetorik, Zeitmanagement,
- h) Teilnahme an und Organisation von wissenschaftlichen Exkursionen und Veranstaltungen,
- i) Teilnahme an der Fachgremienarbeit in wissenschaftlichen Verbänden,
- j) Teilnahme an Vorlesungen im Rahmen von Masterstudiengängen der Fakultät Maschinenbau oder anderer Fakultäten zur Vertiefung und Erweiterung des Fachwissens auf dem Gebiet des Dissertationsthemas.

§ 10 Dissertation

Die Doktorandin/der Doktorand muss eine selbständige beachtliche schriftliche wissenschaftliche Arbeit aus den Wissenschaftsgebieten der Fakultät Maschinenbau vorlegen, die einen Fortschritt des Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis darstellt. Die Dissertation ist in der Regel in deutscher oder englischer Sprache vorzulegen. Über Ausnahmen entscheidet der Promotionsausschuss im Einvernehmen mit der Betreuerin/dem Betreuer.

§ 11 Antrag auf Annahme der Dissertation und Einreichung der Dissertation

- (1) Der Antrag der Doktorandin/des Doktoranden auf Annahme der Dissertation und damit zur Eröffnung des Promotionsprüfungsverfahrens ist schriftlich an den Promotionsausschuss der Fakultät zu richten.
- (2) Mit dem Antrag einzureichen sind:
 - a) die Dissertation in fünf gebundenen, maschinenschriftlichen Exemplaren und als PDF-Datei auf einem geeigneten Datenträger,
 - b) eine Zusammenfassung der Dissertation im Umfang von nicht mehr als einer DIN A4-Seite in deutscher und englischer Sprache und eine Auflistung bereits veröffentlichter Bestandteile der Dissertation,
 - c) eine schriftliche eidesstattliche Versicherung, dass die Dissertation selbständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Quellen und Hilfen in der Dissertation vermerkt wurden,
 - d) eine Erklärung darüber, ob die Dissertation in der gegenwärtigen oder in einer anderen Fassung an der Technischen Universität Dortmund oder an einer anderen Hochschule im Zusammenhang mit einer staatlichen oder akademischen Prüfung bereits vorgelegt worden ist und
 - e) der Nachweis über das erfolgreiche Absolvieren des von ihr festgelegten strukturierten Promotionsprogramms durch Bescheinigung des Betreuers / der Betreuerin.
- (3) Ein Rücktritt vom Promotionsprüfungsverfahren ist dem Promotionsausschuss gegenüber schriftlich zu erklären. Er ist nur zulässig,

- a) solange nicht eine endgültige Ablehnung der Dissertation erfolgt ist, oder
- b) nach Annahme der Dissertation bis zum Beginn der mündlichen Prüfung.

In allen anderen Fällen des Rücktritts gilt die Prüfung als nicht bestanden. § 14 Abs. 8 gilt entsprechend.

§ 12 Eröffnung des Promotionsprüfungsverfahrens und Bestellung der Referentinnen und Referenten

Der Promotionsausschuss eröffnet das Promotionsprüfungsverfahren, wenn ein schriftlicher Antrag auf Annahme der Dissertation und die mit ihm einzureichenden Unterlagen (§ 11) vollständig vorliegen. Mit der Eröffnung des Promotionsprüfungsverfahrens bestellt der Promotionsausschuss die Hauptreferentin/den Hauptreferenten sowie die Korreferentin/den Korreferenten der Dissertation. Vorschläge der Doktorandin/des Doktoranden können berücksichtigt werden. Von den Betreuerinnen/Betreuern der Dissertation ist mindestens eine/einer zur Referentin/zum Referenten zu bestellen. Mindestens eine/einer der Referentinnen/Referenten muss der Fakultät als Hochschullehrerin/Hochschullehrer oder habilitiertes Mitglied angehören. Die weitere Referentin/der weitere Referent muss ebenfalls Hochschullehrerin/Hochschullehrer einer Hochschule mit Promotionsrecht oder habilitiertes Mitglied einer Hochschule sein. Ausnahmsweise genügt eine Promotion, wenn der Fakultätsrat zuvor für die Mitwirkung an dem Promotionsverfahren die besondere wissenschaftliche Befähigung festgestellt hat.

Das Promotionsverfahren soll spätestens sechs Monate nach Vorlage der Dissertation abgeschlossen sein.

§ 13 Prüfungskommission

- (1) Der Promotionsausschuss bestellt nach Eröffnung des Promotionsprüfungsverfahrens eine Prüfungskommission sowie deren Vorsitzende/deren Vorsitzenden. Die Prüfungskommission besteht in der Regel aus der/dem Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern (mindestens jedoch aus 3 Mitgliedern). Mindestens die Hälfte der Mitglieder der Prüfungskommission muss der Fakultät Maschinenbau angehören. Im Übrigen können der Prüfungskommission externe Mitglieder von in- und ausländischen Hochschulen und Forschungsinstituten angehören. Die Referentinnen/Referenten sollen der Prüfungskommission angehören. Die Mitglieder der Prüfungskommission müssen Hochschullehrerinnen / Hochschullehrer einer Hochschule mit Promotionsrecht oder habilitierte Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler sein. Ausnahmsweise genügt eine Promotion, wenn der Fakultätsrat zuvor für die Mitwirkung an dem Promotionsverfahren eine besondere wissenschaftliche Befähigung festgestellt hat. Die Vorsitzende/der Vorsitzende muss der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören und darf nicht Referentin oder Referent sein.
- (2) Aufgaben der Prüfungskommission sind:
 - a) Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Dissertation,

- b) Benotung der Dissertation,
 - c) Durchführung und Benotung der mündlichen Prüfungen,
 - d) Feststellung des Gesamtergebnisses,
 - e) Feststellung der Druckreife der Dissertation oder Erteilung von Auflagen für die zur Veröffentlichung bestimmte Form der Dissertation unter Beachtung der Vorschläge durch die Referentinnen/Referenten.
- (3) Die Prüfungskommission trifft ihre Entscheidung über das Ergebnis der mündlichen Prüfung und das Gesamtergebnis unmittelbar nach der mündlichen Prüfung. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Die Prüfungskommission soll ihre Entscheidung einvernehmlich treffen. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, führt sie die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluss herbei. Die Prüfungskommission ist nur beschlussfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind.

§ 14 Begutachtung der Dissertation

- (1) Die Referentinnen/Referenten legen dem Promotionsausschuss in der Regel innerhalb von zehn Wochen unabhängige, begründete Gutachten vor. Die Referentinnen/Referenten beantragen in ihren Gutachten Annahme, Umarbeitung oder Ablehnung der Dissertation.
- (2) Beantragen sie die Annahme der Dissertation, so schlagen sie auch ein Prädikat für die Dissertation vor. Als Noten gelten
- a) „mit Auszeichnung“ (summa cum laude),
 - b) „sehr gut“ (magna cum laude),
 - c) „gut“ (cum laude),
 - d) „bestanden/genügend“ (rite).

Die Note „mit Auszeichnung“ darf nur bei ungewöhnlich hohen wissenschaftlichen Leistungen erteilt werden.

- (3) Wurde die Annahme der Dissertation einstimmig befürwortet, so wird sie für die Dauer von 10 Werktagen im Dekanat der Fakultät zur Einsichtnahme für die in Forschung und Lehre tätigen Mitglieder der Technischen Universität Dortmund ausgelegt. Dies wird den Mitgliedern der Fakultät durch Aushang am Dekanat sowie den Fakultäten der Technischen Universität Dortmund unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Erfolgt innerhalb von drei Tagen nach dem Ende der Auslagezeit kein Einspruch, ist die Dissertation angenommen.
- (4) Sprechen sich die Referentinnen/Referenten übereinstimmend für eine Ablehnung der Dissertation aus, so stellt der Promotionsausschuss fest, dass die Dissertation abgelehnt ist. Eine abgelehnte Arbeit verbleibt mit allen Gutachten bei den Akten der Fakultät. Bei Ablehnung der Dissertation ist die Promotion nicht bestanden.
- (5) Sprechen sich die Referentinnen/Referenten einstimmig für eine Umarbeitung der Dissertation aus, so setzt der Promotionsausschuss auf Vorschlag der Referentinnen und Referenten eine angemessene Frist von maximal 6 Monaten, innerhalb der

die Arbeit neu einzureichen ist. Lässt die Doktorandin/der Doktorand die Frist ohne wichtigen Grund verstreichen oder kommt sie/er den erteilten Auflagen nicht nach, so ist die Dissertation abzulehnen. Abs. 4 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

- (6) Sind sich die Referentinnen und Referenten über Annahme, Umarbeitung oder Ablehnung der Dissertation nicht einig, bestimmt der Promotionsausschuss eine weitere Referentin/einen weiteren Referenten. Das dritte Gutachten gibt den Ausschlag. In Zweifelsfällen entscheidet die Prüfungskommission.
- (7) Im Falle eines fristgerechten begründeten Einspruchs gegen die Annahme der Dissertation entscheidet die Prüfungskommission nach Einholung von Stellungnahmen der beteiligten Referentinnen/Referenten über das weitere Verfahren. In Zweifelsfällen muss eine weitere Referentin/ein weiterer Referent hinzugezogen werden. Über die endgültige Annahme oder Ablehnung der eingereichten Arbeit als Dissertation entscheidet in diesem Fall die Prüfungskommission aufgrund aller vorliegenden Gutachten und Stellungnahmen.
- (8) Die/der Vorsitzende des Promotionsausschusses unterrichtet die Doktorandin/den Doktorand über jede getroffene Entscheidung. Ablehnende Bescheide sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Doktorandin/dem Doktoranden ist zuvor rechtliches Gehör zu geben.

§ 15 Mündliche Prüfung

- (1) Nach der endgültigen Annahme der Dissertation setzt der Promotionsausschuss einen Termin für die mündliche Prüfung fest. Die mündliche Prüfung soll spätestens sechs Monate nach Antrag auf Annahme der Dissertation und Einreichung der Dissertation und innerhalb von acht Wochen nach der endgültigen Annahme der Dissertation stattfinden. Die Doktorandin/der Doktorand und die Mitglieder der Prüfungskommission sind mit einer Frist von mindestens zehn Tagen zur mündlichen Prüfung einzuladen. Der Termin der mündlichen Prüfung wird außerdem durch Aushang in der Fakultät bekannt gegeben.
- (2) Die mündliche Prüfung findet in der Form eines öffentlichen Vortrags mit anschließendem Rigorosum statt. Sie dient der Feststellung, ob die Doktorandin/der Doktorand aufgrund besonderer wissenschaftlicher Kenntnisse und Fähigkeiten in der Lage ist, die von ihr / ihm in der Dissertation erarbeiteten Ergebnisse zu begründen, weiter auszuführen und in den Kontext ihres/seines Fachgebietes zu stellen.
- (3) Die mündliche Prüfung beginnt mit einem öffentlichen Vortrag über die Ergebnisse der Dissertation mit einer Dauer von 45 Minuten. Im Anschluss daran findet das Rigorosum (nicht öffentlich) mit einer Dauer von 60 Minuten statt.
- (4) Die mündliche Prüfung findet in Deutsch oder in der Sprache, in der die Dissertation verfasst wurde, statt. Über Ausnahmen entscheidet der Promotionsausschuss im Einvernehmen mit der Prüfungskommission.
- (5) Die mündliche Prüfung ist eine Einzelprüfung. Sie wird von der/dem Vorsitzenden der Prüfungskommission geleitet. Prüfungs- und frageberechtigt sind die Mitglie-

der der Prüfungskommission. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten.

- (6) Bleibt die Doktorandin/der Doktorand der mündlichen Prüfung ohne hinreichende Entschuldigung fern oder bricht sie/er die Prüfung ab, so gilt diese als nicht bestanden.

§ 16 Ergebnis der Prüfungen

- (1) Unmittelbar im Anschluss an die mündliche Prüfung entscheidet die Prüfungskommission in nicht öffentlicher Sitzung auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten und der gezeigten Leistung in der mündlichen Prüfung, ob
- a) die Doktorandin/der Doktorand zu promovieren ist,
 - b) die Doktorandin/der Doktorand die mündliche Prüfung wiederholen muss, oder
 - c) die Promotion abgelehnt wird.
- (2) Entscheidet die Prüfungskommission, dass die Doktorandin/der Doktorand zu promovieren ist, legt sie die Note für die mündliche Prüfung fest. Für die Bezeichnung der Prädikate gilt § 14 Abs. 2 entsprechend.
- (3) Anschließend setzt die Prüfungskommission die Gesamtnote für die Promotion fest. Bei der Festlegung der Gesamtnote ist in der Regel auf die Bewertung der Dissertation besonderes Gewicht zu legen. Für die Bezeichnung der Prädikate gilt § 14 Abs. 2 entsprechend.
- (4) Anschließend teilt die/der Vorsitzende der Prüfungskommission in Gegenwart der Prüfungskommission der Doktorandin/dem Doktoranden die Bewertung ihrer/seiner Gesamtleistung sowie etwaige Änderungsaufgaben für die Veröffentlichung der Dissertation mit.
- (5) Über das Gesamtergebnis stellt der Promotionsausschuss der Doktorandin/dem Doktoranden auf Wunsch der Doktorandin/des Doktoranden eine vorläufige Bescheinigung aus. Im Falle der Ablehnung der Promotion gilt § 14 Abs. 8 entsprechend.

§ 17 Wiederholung der mündlichen Prüfung

- (1) Eine nicht bestandene mündliche Prüfung kann die Doktorandin/der Doktorand einmal innerhalb eines Jahres wiederholen. Den Termin für die Wiederholung bestimmt der Promotionsausschuss im Einvernehmen mit der Prüfungskommission.
- (2) Hat die Prüfungskommission nach Nichtbestehen der Wiederholungsprüfung die Promotion endgültig abgelehnt, ist das Promotionsverfahren endgültig erfolglos beendet. Der Bescheid über das endgültige Nichtbestehen ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Doktorandin/dem Doktoranden ist zuvor rechtliches Gehör zu geben.

§ 18 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Nach erfolgreicher Durchführung des Promotionsprüfungsverfahrens ist die Doktorandin/der Doktorand verpflichtet, ihre/seine Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich zu machen. Das für die Veröffentlichung vorgesehene Manuskript ist der/dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses vorzulegen. Diese/dieser prüft unter Beteiligung der Referentinnen/Referenten, ob die von der Prüfungskommission erteilten Auflagen erfüllt sind.
- (2) Die Dissertation ist dann in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wenn die Verfasserin/der Verfasser - neben den für die Prüfungsunterlagen erforderlichen Exemplaren für die Archivierung - drei Exemplare unentgeltlich an die Hochschulbibliothek und zusätzlich ein Exemplar an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zur Archivierung abliefern. Diese Exemplare müssen auf alterungsbeständigem Holz- und säurefreiem Papier ausgedruckt und dauerhaft haltbar gebunden sein. Auf der Rückseite des Titelblattes ist die Veröffentlichung als Dissertation in der Fakultät für Maschinenbau unter Angabe des Dissertationsortes auszuweisen sowie der Tag der mündlichen Prüfung und die Namen der Referentinnen/Referenten anzugeben.
- (3) Darüber hinaus muss die Verbreitung sichergestellt sein durch
 - a) die Ablieferung weiterer 40 Exemplare in Buch- oder Fotodruck, oder
 - b) den Nachweis des Vertriebs über den Buchhandel durch einen gewerblichen Verlag mit der vertraglich zugesicherten Garantie, dass die Dissertation durch Aufnahme in das Verzeichnis lieferbarer Bücher jederzeit erhältlich ist und dass bei entsprechender Nachfrage kurzfristig weitere Exemplare nachgedruckt werden, oder
 - c) durch einen gewerblichen Verleger mit einer Mindestauflage von 50 Exemplaren, oder
 - d) die Ablieferung einer nach Hochschulbibliotheksrichtlinien gefertigten elektronischen Version. In diesem Fall überträgt die Doktorandin/der Doktorand der Hochschule das Recht, im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben der Hochschulbibliothek weitere Kopien von der Dissertation herzustellen und zu verbreiten bzw. in Datennetzen zur Verfügung zu stellen.
- (4) Die Dissertation ist spätestens ein Jahr nach der mündlichen Prüfung zu veröffentlichen. In begründeten Ausnahmefällen kann die/der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Frist verlängern. Versäumt die Doktorandin/der Doktorand die ihr/ihm gesetzte Frist, so erlöschen alle durch die Prüfung erworbenen Rechte.

§ 19 Abschluss des Promotionsverfahrens

- (1) Sobald die letzte Promotionsleistung erbracht ist, wird eine Promotionsurkunde auf den Tag der erfolgreich abgelegten mündlichen Prüfung ausgestellt. Die Promotionsurkunde ist von der Dekanin/vom Dekan und von der Rektorin/vom Rektor zu unterzeichnen.

- (2) Mit der Aushändigung der Promotionsurkunde entsteht das Recht zur Führung des Doktorgrades.

§ 20 Promotion in gemeinsamer Betreuung mit einer Fakultät einer anderen Hochschule

- (1) Der Doktorgrad kann auch im Zusammenwirken mit einer Fakultät einer anderen Hochschule mit Promotionsrecht aus dem In- oder Ausland vergeben werden. Sofern das Promotionsverfahren in Kooperation mit einer Hochschule ohne Promotionsrecht durchgeführt wurde, kann hierauf in der Promotionsurkunde hingewiesen werden.
- (2) Die Durchführung eines Promotionsverfahrens mit einer Fakultät einer anderen Hochschule setzt den Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung voraus, in der die Fakultäten sich verpflichten, eine gemeinsame Promotion zu ermöglichen und Einzelheiten des Zusammenwirkens zu regeln.
- (3) Sehen die jeweils gültigen Promotionsordnungen der beteiligten Fakultäten ein strukturiertes Promotionsprogramm gemäß § 9 vor, so einigen sich die Fakultäten der Hochschulen darüber, wo die Doktorandin/der Doktorand dieses Programm zu absolvieren hat, bzw. welche Teile des Programms der jeweils anderen Hochschule anerkannt werden.

§ 21 Ungültigkeitserklärung der Promotionsleistungen

- (1) Ergibt sich vor Aushändigung der Promotionsurkunde, dass die Doktorandin/der Doktorand im Verfahren getäuscht bzw. den Versuch dazu gemacht hat, oder dass wesentliche Erfordernisse für die Promotion nicht erfüllt waren, so erklärt der Fakultätsrat auf Antrag des Promotionsausschusses die Promotion für ungültig.
- (2) Der Doktorandin/dem Doktoranden ist vor der Entscheidung des Fakultätsrates Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu gewähren. Die Entscheidung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 22 Aberkennung des Doktorgrades

- (1) Der Doktorgrad wird aberkannt, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind.
- (2) Über die Aberkennung des Doktorgrades entscheidet der Fakultätsrat. Der/dem Betroffenen ist vor der Entscheidung des Fakultätsrates Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben. Die Entscheidung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 23 Rechtsbehelf

Gegen Entscheidungen des Promotionsausschusses und der Prüfungskommission kann gemäß den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) Wider-

spruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu richten. Über Widersprüche gegen Entscheidungen der Prüfungskommission entscheidet der Promotionsausschuss. Über Widersprüche gegen Entscheidungen des Promotionsausschusses entscheidet der Fakultätsrat. Vor belastenden Entscheidungen ist der Doktorandin/dem Doktoranden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 24 Ehrenpromotion

- (1) Der Doktorgrad „ehrenhalber“ Dr.-Ing. h. c. darf nur für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Maschinenbaus verliehen werden.
- (2) Mitgliedern der Technischen Universität Dortmund kann der Doktorgrad „ehrenhalber“ nicht verliehen werden. Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern, die bis vor wenigen Jahren Mitglieder der Technischen Universität Dortmund waren, soll der Doktorgrad „ehrenhalber“ nicht verliehen werden.
- (3) Über die Verleihung des Doktorgrades „ehrenhalber“ entscheidet das Rektorat auf Vorschlag des Fakultätsrates. Dazu sind mindestens die Stimmen von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Fakultätsrates erforderlich.

§ 25 Inkrafttreten

- (1) Diese Promotionsordnung tritt am 01.06.2012 in Kraft. Zugleich tritt die bisherige Promotionsordnung der Universität Dortmund für die Abteilung Maschinenbau vom 25.06.1981 außer Kraft.
- (2) Doktorandinnen und Doktoranden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Promotionsordnung den Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren bereits gestellt haben, können die Anwendung dieser Promotionsordnung schriftlich beantragen. Der Antrag auf Anwendung dieser Promotionsordnung ist unwiderruflich. Ansonsten gilt für diese Doktorandinnen und Doktoranden die bisherige Promotionsordnung der Universität Dortmund für die Abteilung Maschinenbau vom 25.06.1981 in ihrer jeweils gültigen Fassung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Fakultätsrates der nach dieser Promotionsordnung gebildete Promotionsausschuss tritt und über Widersprüche gegen Entscheidungen des Promotionsausschusses der Fakultätsrat entscheidet.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät Maschinenbau vom 25.04.2012.

Dortmund, den 5. Juni 2012

Die Rektorin
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessorin
Dr. Ursula Gather